

Europaweiter Aktionstag 3. April Köln

Wichtige Aktionen stehen in den nächsten Wochen an. Am 20.3.2004 ist in der Gesamtschule Holsterhausen in Essen ein „Tribunal gegen Sozialabbau“, das vom Bündnis soziale Bewegung ausgerichtet wird. Am gleichen Tag ist mittags eine Aktion im Rahmen eines vom Weltsozialforum beschlossenen Aktionstages gegen Krieg. Genau zwei Wochen später, am Samstag, 3.4., rufen der DGB, das Europäische Sozialforum, attac und natürlich die PDS zur Teilnahme am Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau auf. In der Bundesrepublik wird es drei Großdemonstrationen geben. Die für uns nächste ist in Köln.

Der DGB organisiert Busse dahin, die um 9.00 Uhr am Bussteig am Südausgang des Hauptbahnhofes abfahren. Eine Voranmeldung ist unbedingt erforderlich! Wir können das „kollektiv“ organisieren, wenn Ihr Euch beim Kreisvorstand anmeldet. Also, am besten telefonisch unter 0163 - 73 58 030 oder per e-mail an info@pds-essen.de. Wir sollten deutlich sichtbar daran teilnehmen! (Wolfgang Freye)

Dass Sie jetzt für Ihre Gesundheit tiefer in die Tasche greifen müssen, dass Arbeitgeber mit Lohn und Gehaltskürzungen und Arbeitszeiterlängerungen drohen, dass Arbeitslose zunehmend sozial deklariert statt vermittelt werden, dass in unseren Schulen Unterricht ausfällt und Studienplätze ab- statt aufgebaut werden, alles das ist kein Zufall.

Niemand wird bestreiten, dass der Sozialstaat in Deutschland vor großen Herausforderungen steht. Zukunftsgerechte Reformen sind notwendig. Statt sich dieser Aufgabe mit aller Kraft zu stellen, soll uns weis gemacht werden, dass unsere soziale Sicherung und die öffentlichen Dienstleistungen zu teuer sind und es ohne Kürzungen nicht geht. Es wird von unten nach

sie profitieren, seien es Schulen, Hochschulen und Kindergärten oder auch Straßen und Kultureinrichtungen.

Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und ihre Familien lassen sich weder erpressen noch für kurzfristige Gewinninteressen instrumentalisieren. Die Gewerkschaften Europas nehmen diese Politik nicht länger hin. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle demokratischen Organisationen und Bewegungen auf, am 3. April 2004 gemeinsam für sozial gerechte Reformen in Deutschland und Europa zu demonstrieren.

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Europa!

Demonstrieren Sie mit Ihrer Familie und ihren Freunden für ein Europa, in dem alle Menschen die Chance haben, ein Leben in Freiheit und Würde zu führen. Werden Sie Teil einer Bewegung für eine europäische Wirtschafts- und Sozialordnung, die den Menschen dient. Wir

Einladung zu den nächsten PDS-Mitgliederversammlungen

am Mittwoch, 10. März 2004

Thema: „Aufstehen, damit es endlich besser wird!“

Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau am 3.4.2004 und Vorbereitung
Wir bemühen uns hierzu noch um eine „externe/n“ Referenten/in

am Mittwoch, 14. April 2004

Thema: Entwurf des Kommunalwahlprogramms der PDS

Die Mitgliederversammlungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr und finden statt im Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

1. Jeweiliges Thema
2. Bericht aus dem Kreisvorstand
3. Bericht aus der Ratsarbeit
4. Verschiedenes

Achtung: Extra-Tagesordnungspunkt am 10. März 2004: Antrag zum Kreisstatut der PDS Essen.



oben umverteilt. Nicht nur in Deutschland, überall in Europa singen marktradikale Politiker und Unternehmer das gleiche Lied: Die Löhne und Gehälter sind zu hoch, die Arbeitszeiten zu kurz. Überall die gleiche einfältige Predigt.

Wie diese Arbeitgeber den Beschäftigten drohen, so drohen sie auch der Politik: Wenn der Sozialstaat nicht billiger wird und Arbeitnehmerrechte nicht abgebaut werden, wollen sie unserem Land den Rücken kehren. Sie wollen sich aus ihrer Verantwortung für die Sozialversicherungen stehlen. Und sie wollen keine Steuern mehr für Leistungen bezahlen, von denen gerade

wollen Arbeit für alle von der man in Würde leben kann. Stehen wir zusammen für eine solidarische Gesundheitsversicherung und für Renten, die ein würdiges Leben im Alter sichern. Und wir fordern mehr Geld für Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Demonstrieren Sie mit uns für ein Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger teilhaben können an allen für sie wichtigen Entscheidungen, in den Parlamenten genau so wie in den Betrieben und Unternehmen. **Zeigen Sie, dass Sie für ein sozial verfasstes Europa der Bürgerinnen und Bürger stehen.**

Revolutionstheorie

Bericht über einen Vortrag von Ingo Elbe im Rahmen des Programms des Rosa Luxemburg Clubs in Dortmund im Literatur-Kaffeehaus Taranta-Babu am 27.11.2003 zum Thema „Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft“ – Revolutionstheorie und ihre Kritik bei Marx.

Ingo Elbe – Mitglied des Arbeitskreises rote Ruhr uni – setzte sein eigenes revolutionäres Marx-Verständnis an die Stelle der bisher einhellig Marx zugeschriebenen Revolutionstheorie. Die Mainstream-Auffassung von Marx' Revolutionstheorie stützt sich nicht ohne Textstellenfundus, aber einseitig auf die geschichtsphilosophischen Ausführungen Marx' in dessen frühen Schriften: Stufenfolge der unausweichlichen Selbstaufhebung des Kapitalismus; das System operiert zunächst im Status einer unvermeidlichen Selbstmystifikation; die beiden Seiten – Ausbeuter wie Ausgebeutete – sind dem Fetischcharakter der Wertform der Waren – auch der Ware Arbeitskraft – anheimgefallen: Die Proletarier schließen freiwillige Arbeitsverträge mit den Kapitalisten, Arbeitskraft gegen Lohn in einem fairen und gerechten Äquivalententausch, der Gebrauchswert der Arbeit gleich ihrem Tauschwert.

Der Warenfetischismus hat klassenübergreifenden Charakter. Der Kapitalismus erzeugt als unvermeidlichen Überbau zur Selbststimmisierung einen gegen kritische Hinterfragung abschottenden Interpretationszirkel: Die Subjekte sind frei, die Tauschverhältnisse sind gerecht, Unternehmer wie Proletarier haben als vor dem Recht gleiche Subjekte auch gleiches Recht, ihr Leben in Pappkartons unter den Seinebrücken zu verbringen.

Angeblich hat nun Marx prophezeit, dass die immanenten Gesetzmäßigkeiten des kapitalisti-

schen ökonomischen Prozesses – absolute Verelendung – universelle Homogenisierung der Lebensgrundlagen der Proletarier auf niedrigstem Niveau – absolutes physisches Existenzminimum als Obergrenze des Lohns die glitzernde Selbstfassade des proletarischen Staatsbürgers – alle staatsbürgerlichen Rechte, Träger von absoluten Persönlichkeitswerten, aber ohne Subsistenzmittel für sich und seine Familie – ZUM ZERBRÖCKELN BRINGEN WIRD: Der Schleier der weihewollen bürgerlichen Existenz zerreißt; Bruchstellen im hermetischen Verblendungszusammenhang entstehen und das revolutionäre Subjekt, welches in der Lage ist, ein Jenseits der kapitalistischen Produktionsweise zu denken und dafür politisch zu kämpfen, entsteht zwingend.

Da die Not allgemein wird, wird auch der Kampf gegen die Ursachen dieser Not dem Proletariat zwingend aufgenötigt. Die revolutionäre Situation entsteht und sie fegt die alten Eigentumsverhältnisse hinweg.

Soweit in Kurzschilderung der mainstream, gegen den Ingo Elbe mit seiner Marxinterpretation antritt. Die oben skizzierte geschichtsphilosophische Perspektive (Chiliasmus, im Weltenlauf ist ist ein teleologischer Determinismus = unilinearer zwingender Weg hin zur klassenlosen Gesellschaft angelegt) ist zwar bei Marx in dessen geschichtsphilosophischen Texten angelegt und mit Zitaten belegbar, wird aber -nach Ingo Elbe- schon von Karl Marx selbst in seinen Schriften zur politischen Ökonomie relativiert und in Frage gestellt. Marx selbst gibt seine These der absoluten Verelendung zugunsten einer These relativer Verelendung auf (=der Ausbeutungsgrad nimmt zu, die Mehrwertrate wächst, aber zugleich fährt der Proletarier ein Opel Corsa). Der notwendige Arbeitstag verkürzt sich durch Produktivitätssteigerung, und mit Hilfe von Gewerkschaften sowie arbeitnehmerfreundlichen politischen Parteien erkämpft sich das Proletariat eine Verkürzung des Arbeitstages, Lohnkaufkraft über die Erhaltung des nackten Überlebens hinaus sowie sozialstaatliche Abfederung von Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter etc.

Parallel dazu entwickelt das Proletariat ein sozialdemokratisch/christdemokratisch spießbürgerlich-behagliches Bewußtsein. Zusammenfassung von Ingo Elbes Marxverständnis: Marx' politökonomische Analysen führen ihn zur Einsicht, dass das ökonomisch-materielle Schicksal des Kapitalismus offen ist. Die Produktionskräfte des Kapitalismus rollen rund und effizient – Konjunkturen und Krisen incl. kolossaler Kollateralschäden – Vernichtung bürgerlicher Existenzen – Umweltschäden – das alles sind nur

notwendige Funktionselemente eines sich auf dem ganzen Erdball immer mächtiger durchsetzenden Prozesses.

Es lässt sich KEIN HISTORISCHER DETERMINISMUS einer sich immer mehr verschärfenden Krise und letztlich Zusammenbruchs des Systems prognostizieren. Welche selbsterhaltenden Modifikationen das kapitalistische System sich noch einfallen lässt und ob sie greifen, lässt sich nicht vorraussagen.

Die Kritik der politischen Ökonomie kann die Herleitung des jüngsten Gerichts der kapitalistischen Gesellschaftsordnung NICHT leisten: die Proletarier können geschichtsgestaltend handeln, aber die Kapitalisten auch. Zur Zeit prägen SIE das Antlitz dieser Erde. Die Karten werden allerdings auch weiterhin immer wieder neu gemischt. Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Menschheit behält ihren Offenheitshorizont. Die Entwicklung des Klassenkonflikts KANN zu einer revolutionären Veränderung des Gesellschaftssystems führen – nur eben als Folge eines Kampfes der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Einschränkung ihrer Selbstverwirklichung, DESSEN ENDE GESCHICHTSPHILOSOPHISCH OFFEN IST.

Referent: Christoph v.Gersdorff

Terminkalender

Montag, 8. März

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 10. März

PDS-Mitgliederversammlung. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Donnerstag, 11. März

„Runder Tisch für Menschenrechte, gegen Rassismus“. 19.00 Uhr, Internationales Zentrum, Maxstr. 11

Montag, 15. März

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Dienstag, 16. März

Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.30 Uhr, Internationales Zentrum

Samstag, 13.3., ab 11.00 Uhr, Infostand in der Innenstadt, Kettwiger Strasse/Höhe Burgplatz

Mittwoch, 17. März

Essener Friedensforum. 19.00 Uhr, Volkshochschule Essen, Hollestr. 75

Samstag, 20. März

Tribunal gegen Sozialabbau.

Veranstaltung des Bündnisses

Soziale Bewegung mit namhaften

Experten. 10.00 Uhr, Gesamtschule

Holsterhausen, Böcklinstr. Dazwischen:

Demonstration zum Internationalen Aktionstag für Frieden. 13.00 Uhr ab Gesamtschule

Impressum:

Der Rundbrief ist die Zeitung der PDS Essen für Mitglieder & SympathisantInnen.

Herausgeber ist der Kreisvorstand der PDS Essen.

Es ist ausdrücklich erwünscht, dass Artikel, die in diesen Rundbrief erscheinen, mit Quellenangabe verwendet werden. Falls Ihr Sachen aus dem Rundbrief verwenden wollt, würden wir uns über eine Rückmeldung sehr freuen (bei namentlich gekennzeichneten Artikeln auch die Autoren.)

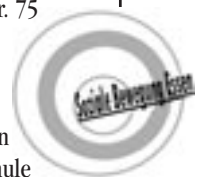
Kontakt: PDS-Kreisverband Essen, An

St.Marien 1, 45141Essen.

Tel: 0201-8602904, Fax: 0201-8602906,

eMail: rundbrief@sozialisten-essen.de,

Internet: www.sozialisten-essen.de



Vernunft ist wählbar – PDS ist wählbar

Wolfgang Gehrcke, Sprecher für Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit des PDS-Parteivorstandes

Ein Europa selbstbewusst und selbständig gegenüber den USA – der Ex-Präsident Frankreichs General de Gaulle konnte dies mit seinem Namen verbinden – wünsche ich mir, selbstverständlich ohne Nationalismus, Atomrüstung und Kolonialpolitik.

Europa soll sich nicht gegenüber der Welt abschotten, sondern den Nord-Süd-Dialog vorantreiben, ein Gegenpol zur hemmungslosen kapitalistischen Globalisierung werden, schlag nach bei Olaf Palme und Willy Brandt. Freiheit von Massenvernichtungswaffen vom Atlantik bis zum Ural, dieser Gedanke des ehemaligen polnischen Außenministers Adam Rapacki inspiriert uns noch heute. Sicherheit als gegenseitige Handlung und nicht Sicherheit gegeneinander, das hat der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr in die europäische Diskussion eingebracht. Der Vorsitzende der italienischen Kommunisten, Enrico Berlinguer, prägte für die Linke in Europa, Einheit in der Vielfalt zu suchen, der kulturellen und sozialen Unterschiedlichkeit. Welche Welten liegen zwischen solchen Gedanken und der Eintönigkeit von Marktradikalen. Heute schallt uns aus Europa Einfalt und Konformität entgegen. Das Europa von Blair, Schröder und Fischer, von Berlusconi und Aznar –

8. März – Internationaler Frauentag

DGB-Frauen laden ein zum historischen Frauenspaziergang

Ein ganzes Jahr lang haben die DGB-Frauen Frauen aufgespiert, die sie nicht vergessen wollen. Herausgekommen ist ein ca. 2stündiger Rundgang durch die Essener Innenstadt. Seien es die Äbtissinnen, die 1000 Jahr in Essen geherrscht haben, die Beghinen, die Bergarbeiterfrauen, Frauen im Widerstand gegen den Faschismus oder andere, die in Essen gewirkt haben.

Die DGB-Frauen bieten den Rundgang an am Samstag, 6.3.2004 um 13.00 Uhr und um 16.00 Uhr und am Sonntag, 7.3.2004 um 11.30 Uhr an.

Treffpunkt ist jeweils am Denkmal "Steile Lage" hinter dem Hauptbahnhof Essen, Ausgang Süd oder Freiheit. Die Teilnahme ist kostenfrei. Ich finde diese Aktion unterstützenswert und möchte deshalb alle interessierten Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Essen dazu animieren, daran teilzunehmen.

Frauentagsveranstaltung des Essener Frauenbündnisses

Gleichzeitig möchte ich für eine Veranstaltung des Essener Frauenbündnisses und der Gleichstellungsstelle der Stadt zum Internationalen

so unterschiedlich diese sind – ist im Würgegriff der Neoliberalen, erstickt an Krämerseelen, verrammelt seine Türen gegenüber Menschen in Not, verbannt den freien Geist aus Medien und zerstört mit einem Wettbewerb nach unten seine sozialen Grundlagen. Wohin sind wir gekommen, wenn Angela Merkel und Joseph Fischer als kreative Denker gelten und Bush junior an der Spitze der Weltmacht USA steht. Es ist höchste Zeit, uns zuzurufen: Rettet den freien Geist, verteidigt die Kultur, baut auf den Sozialstaat, fordert Abrüstung; durch Europa soll sich ein roter Faden ziehen. Europa als Krähwinkel oder Europa der Aufklärung, Europa Neoliberal oder Europa Sozial, ein Europa der Kriegsbeteiligung oder ein Europa der Abrüstung, Aufklärung, soziale Gerechtigkeit, Abrüstung, dafür kandidieren Linke in Europa. In Deutschland die PDS.

Linke in Europa werden sich in einer gemeinsamen Partei zusammenschließen. Die Linke nimmt die europäische Herausforderung an. Sie tritt aus der Enge des Nationalstaates heraus. Die Linke in Europa will die Politik aus den Hinterzimmern der Macht in den öffentlichen Raum zurückholen, auf die Straßen und Plätze, in die Universitäten und Schulen, in den Alltag der Menschen.

Frauentag werben. Sie ist am Montag, 8. März 2004, 17.00 – 19:00 Uhr in der Lichtburg. 1984 hat der Rat der Stadt Essen die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle beschlossen. 2004 feiert die Gleichstellungsstelle die bisher geleistete Arbeit gemeinsam mit dem Essener Frauenbündnis und lädt zu einer Veranstaltung am internationalen Frauentag ein. Frauen und Männer sind herzlich eingeladen.

Im Programm u.a.:

- „Das Essener Frauenportal“ – der Internetauftritt geht ans Netz
 - Podiumsdiskussion: Gleichberechtigung – Gelebte Praxis oder alter Hut? Mit Christian Hülsmann (Geschäftsbereichsvorstand Personal Stadt Essen), Karin Peters (Vorsitzende des Landesverbandes der Unternehmerfrauen im Handwerk NRW), Marlies Hampel (Leitende Oberstaatsanwältin, Staatsanwaltschaft Essen), Pfarrer Steffen Hunder (Beauftragter für Männerarbeit bei der evgl. Kirche Essen). Moderation: Delia Bösch, freie Journalistin
 - Tänzerische Darbietung der Flamenco-Klassen Folkwang Hochschule, Leitung Professor Alberto Alarcón
- Ich hoffe, wir sehen uns in der Lichtburg! Cornelia Seltmann, Sprecherin des KV Essen

Die Partei der Europäischen Linken, die wir am 8. und 9. Mai in Rom gründen werden, ist das Neue in Europa. Wo die anderen Soldaten entsenden wollen, um angeblich Terroristen zu bekämpfen, sagt die Linke, lasst uns den Hunger überwinden, Bildung schicken, Krankheiten bekämpfen. Das schafft Sicherheit und Stabilität. Bildung statt Bomben, ein Markenzeichen der PDS und der Europäischen Linken. Wo die anderen auf die Aktienkurse blicken, schauen wir auf die Menschen, deren Löhne nicht mehr zum Leben ausreichen, die sich nicht mehr zum Arzt trauen, deren Kinder schlechte Chancen haben, weil sie sozial benachteiligt sind. Europa, das sind für die PDS und die europäischen Linken die Menschen, ihr Leben und nicht die Bomben und Bürokraten.

Wo die anderen überlegen, welches Land in Europa am besten geeignet ist, um Umweltschutz zu unterlaufen, soziale Verantwortung auszutricksen, sich niedrige Löhne zunutze zu machen, will die PDS, dass überall soziale und ökologische Mindeststandards gelten. Wo andere die Frauen in Europa in die Küchen und auf Laufstege des Glambours beschränken wollen, bestehen wir auf Gleichstellung und Gleichberechtigung.

Nicht die Freiheit der Märkte, die Willkür der Konkurrenz und des ungezügelter Wettbewerbs haben viele Länder in Europa sich stabil und demokratisch entwickeln lassen, sondern der Gedanke, dass Eigentum sozial verpflichtet und dass Mitbestimmung der Arbeitnehmer Demokratie fördert. Das war typisch für Europa. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in der EU selbst entscheiden können, wo sie leben und arbeiten wollen; Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten und Auszubildende sollen europäische Erfahrungen sammeln, aber nicht getrieben von den Veränderungen in ihrer Region und als Manövriermasse derjenigen, die Löhne drücken und Ausbildung kommerzialisieren wollen, sondern frei und selbstbestimmt. Europäische Landwirtschaft und Verbraucherschutz müssen nicht gegeneinander stehen, ebenso wenig wie genossenschaftliche und private Produktion, wenn der Einfluss der Saatgutproduzenten, der Chemieindustrie begrenzt und kontrolliert wird. Nachhaltigkeit heißt das übergreifende Stichwort – ökologisch, sozial und kulturell.

Ein Europa der Vernunft soll wachsen, und es wächst von unten. Damit die Vernunft eine Chance bekommt, kandidieren Vernünftige bei den Europawahlen. Überall. In Deutschland die PDS. Vernunft ist wählbar. Die PDS ist wählbar. In der Kommune, im Land und in Europa.

Stellungnahme der Bundesschiedskommission

Am 24. Januar 04 hat die Bundesschiedskommission den Berufungsantrag von Nina Eumann und Ralf Fischer gegen den Beschluss der Landesschiedskommission verhandelt und diesen (aus formalen Gründen) aufgehoben. Gleichzeitig hat sie in einem Begleitschreiben zu den strittigen Fragen Stellung genommen:

Begleitschreiben zum Beschluss der Bundesschiedskommission vom 24. 01. 2004 im Berufungsverfahren gegen die Entscheidung der LSK der PDS Nordrhein-Westfalen im Verfahren Freye u.a. gegen den Kreisvorstand der PDS Essen.

Liebe Genossinnen und Genossen Verfahrensbeteiligte, liebe Genossinnen und Genossen des PDS Kreisverbandes Essen,

gleichwohl dem Widerspruch gegen die Entscheidung der LSK, mit der wesentliche Teile der Satzung des Kreisverbandes aufgehoben worden sind, aus grundsätzlich statutarischen wie aus verfahrensrechtlichen Gründen (siehe Schiedsspruch) stattgegeben wurde und die Entscheidung der LSK aufgehoben worden ist, möchte die BSK zur Vermeidung von Missverständnissen hinsichtlich des Verfahrensergebnisses auf diesem Wege Fragen erörtern, die Gegenstand des Verfahrens und der mündlichen Verhandlung waren. Sie blieben aber aus den dargelegten Gründen unmaßgeblich für den Schiedsspruch. Die BSK hat dabei nur Fragen erörtert, die auch rechtmäßig Gegenstand des Verfahrens waren, weil sie vom Verfahrensbeteiligten beantragt worden waren. Damit bleiben alle Passagen des Statuts des KV Essen, die die LSK in unzulässiger Weise von sich aus geprüft und aufgehoben hat, im folgenden auch zwingend unbesprochen.

Eine generelle Vorbemerkung. Maßgeblich für unsere Prüfung der Auseinandersetzung ist natürlich das Bundesstatut der PDS. Widerspruchsfreiheit zwischen der Landessatzung NRW und dem Kreisstatut Essen war erst sekundär zu prüfen.

1. Mitwirkung von Nichtmitgliedern. Statut KV Essen VI 2.

Die von den Antragstellern Freye und Genossen angefochtene Passage des KV-Statuts ist auch u.E. statutenwidrig. Im Bundesstatut ist normiert, dass finanzielle Zuwendungen an die PDS nicht die Übertragung von Mitgliederrechten begründen. Daraus folgt, dass im Entscheidungsprozess für die Übertragung von Mitgliederrechten die Frage finanzieller Zuwendungen keine maßgebliche Rolle spielen darf. Das heißt, in einer Satzung nachgeordneter Gebietsverbände kann die Frage finanzieller Zuwendungen oder ihrer Höhe die Mitglieder nicht in ihrem statutenmäßigen Recht einschränken, engagiert mitwirkenden Nichtmitgliedern (Sympathisanten) ihre Rechte zu übertragen. Damit sollte aber deutlich sein, dass mit einer bloßen Streichung des

angefochtenen Satzes in dieser Frage das Statut des KV Essen nicht geheilt ist. Der Sinn der entsprechenden Regelungen im Statut der PDS zielt darauf, auch Nichtmitgliedern Möglichkeiten einzuräumen, an der politischen Meinungs- und Willensbildung direkt mitzuwirken. Dem liegt einerseits der Grundgedanke zugrunde, dass die Parteien im parteiparlamentarischen System nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen und zur Geltung bringen, sondern beanspruchen, den allgemeinen demokratischen Willensbildungsprozess des gesamten Gemeinwesens zu tragen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger am Willensbildungsprozess nur auf den Wahltag zu reduzieren, ist deshalb nach dem Demokratieverständnis der PDS nicht angemessen. Andererseits soll Bürgern die Mitwirkung an der Meinungs- und Willensbildung in der PDS zu einzelnen gesellschaftspolitischen Themen ermöglicht werden, auch wenn sie die gesamte Programmatik der Partei nicht unterstützen oder gar mitverantworten wollen. Bei der Übertragung von Rechten auf Nichtmitglieder sind Grundregeln des Vereinsrechts und der demokratischen Willensbildung zu beachten. Das bedeutet zum einen: Rechte in einer (politischen) Vereinigung können nur Mitglieder derselben haben. Zum anderen basiert die demokratische Willensbildung auf dem Prinzip von Mehrheit und Minderheit. Dieses hat wiederum feste abzählbare Größen zur Voraussetzung. Andernfalls sind Mehrheit und Minderheit nicht feststellbar. Im PDS Statut ist deshalb die Mitwirkungsmöglichkeit von Nichtmitgliedern auf das Recht der Mitglieder gegründet, ihre Rechte auf andere, auch auf Nichtmitglieder zu übertragen. Sofern also Nichtmitglieder an der Willensbildung in der PDS mitwirken, tun sie dies als Träger der Rechte von Mitgliedern. Deshalb wird dieser Übertragungsakt auch als zwingend und eindeutig im Bundesstatut normiert. Damit ist zu sichern, dass die Willensbildung hinsichtlich der Inhalte wie der Quantitäten dem verbunden bleibt, wofür die PDS als Ganzes und in ihren Gliederungen einsteht. Auch dies ist eine unverzichtbare Grundlage der repräsentativen Parteiendemokratie: die Kenntlichkeit und Unterscheidbarkeit der politischen Akteure.

2. Anerkennung von Zusammenschlüssen. Statut KV Essen VI 1.4.

Der von den Antragstellern Freye und Gen. beanstandete erste Satz des genannten Absatzes steht tatsächlich im Widerspruch zum Bundesstatut der Partei. Zum einen werden hier Basisorganisation und Zusammenschlüsse irreführend gleichbehandelt. Zum anderen wird hier

ein Anerkennungsverfahren für Zusammenschlüsse normiert, das im Statut der PDS nicht vorgesehen ist. Im Gegenteil, dass im Bundesstatut vorgeschriebene **Anzeigeverfahren** ist bei der letzten großen Statuten novellierung 1996/97 alternativ zu einem Anerkennungsverfahren diskutiert und beschlossen worden. Dieses Recht der Mitglieder, frei thematische Zusammenschlüsse bilden zu können, kann ein Kreisstatut nicht einschränken. Ein Anerkennungsverfahren ist jedoch eine Einschränkung, denn es stellt dieses Recht unter den Vorbehalt einer „Genehmigung“ durch die Mehrheit der Mitglieder in dieser Gliederung. Das widerspricht direkt dem statutarischen Grundrecht, dass sich die interessierten Mitglieder frei und selbstbestimmt zusammenschließen können, ohne bei einer Mehrheit nicht am Thema unmittelbar Interessierter dafür um Zustimmung zu ersuchen. Die so assoziierten Mitglieder können als offene Gruppe innerparteilich wie nach außen auftreten. Welche Stellung oder welchen Einfluss solch ein Zusammenschluss in einer Gliederung erhält, steht auf einem ganz anderen Blatt. Aus dem Zusammenschluss selbst sind keine besonderen Rechte (über Mitgliederrechte hinaus) abzuleiten, etwa ein Anspruch auf Finanzmittel, auf Mandate oder auf eine partielle Außenrepräsentanz der Gliederung.

3. Ämtertrennung. Statut KV Essen VIII 3.1.

Dass sich die LSK auch hinsichtlich dieses Abschnittes vom Antrag gelöst hat, soll hier unbeachtet bleiben, weil dies zu den Gründen der Aufhebung des Schiedsspruchs der LSK gehört. Darüber hinaus ist aber auch die von den Antragstellern begehrte Aufhebung des letzten Satzes von VII.3.1. widersprüchlich zu werten.

a) Schiedskommission

Hinsichtlich der Unvereinbarkeit die Zugehörigkeit zu einer Schiedskommission mit der Mitgliedschaft im Vorstand des KV Essen geht zwar das Kreisstatut über das Bundesstatut hinaus, ist aber hier im Gegensatz zu diesem konform mit dem Parteiengesetz. Das Bundesstatut wird in dieser Frage demnächst im Sinne einer gänzlichen Unvereinbarkeit über alle Gliederungsebenen hinweg korrigiert.

b) Mitgliedschaft in anderen Vorständen.

Die Einschränkung des passiven Wahlrechts von Mitgliedern durch das Kreisstatut ist u.U. mit dem Statut der Partei nicht vereinbar. Das Mitglied hat generell das Recht, sich auf alle Wahlfunktionen zu bewerben. Eine Einschränkung dieses Rechts ist nur wie im Falle der Schieds- und Revisionskommissionen aus funktionalen Gründen zulässig und im Statut normiert. Dass der Kreisverband für seine Wahlorgane eine weitere Beschränkung vornimmt, scheint zudem unter dem Gesichtspunkt nicht gerechtfertigt, dass hier auch das aktive Wahlrecht von Mitgliedern eingeschränkt werden

würde. Zwar kann man eine politische Diskussion über die Sinnhaftigkeit solcher Doppelfunktionen im Kreisverband führen. Aber letztlich muss das einzelne Mitglied die Gelegenheit haben, im Wissen um andere Funktionen der Kandidaten bei der Wahl selbst darüber zu entscheiden, wer sein Vorstand ist. Die vom Antragsgegner behauptete Schutzfunktion ist darüber hinaus nicht zu erkennen. Eine Beschränkung des passiven Wahlrechts würde hier eine Mehrheit davor schützen, die Kandidaten zu wählen, die sie für die richtigen halten. So ist es in der Praxis der PDS eher unüblich, Vorständen zweier Gliederungsebenen anzugehören. In mitgliederschwachen Verbänden kann dies manchmal ein Gebot pragmatischer Vernunft sein. Der Parteaufbau der PDS ist vertikal hierarchisch. Dass dies zur Ausbildung von Machthierarchien führt, ist derzeit selbst in ostdeutschen Landesverbänden, wo es um mehr Machtverteilung geht, nicht erkennbar. Eine Regelung gegen die Doppelmithgliedschaft in Vorständen wäre dagegen allerdings auch kein geeignetes Schutzmittel. Derzeit gibt es gegenteilige Diskussionen in der PDS, die darauf zielen, Vorstandsvorsitzende qua Amt zu Mitgliedern der Vorstände der übergeordneten Organisationsebene zu machen, um diesen eine bessere politische Führungskraft zu geben und zugleich die Bedeutung statutarisch unlegitimierte Nebengremien, wie die Beratung der Kreis- oder Landesvorsitzenden, zu begrenzen.

4. Funktions- und Mandatsträger. Sonderbeiträge. Statut des KV Essen IX.

Die Antragsteller, Gen. Freye und Gen., begehren die Aufhebung des gesamten Abschnitts IX. des Statuts des KV Essen. Unter Beachtung des Schiedsspruchs der BSK, der die Entscheidung des LSK insgesamt aus den genannten Gründen aufgehoben hat, wollen wir zu diesem Verfahrensgegenstand folgende Hinweise geben:

- a) Der 1. Absatz ist zu beanstanden, da er für mögliche Gruppenwahlen, z.B. Delegierte zu Landesdelegiertenkonferenzen, die Mehrheitswahl normiert, während die Rahmenwahlordnung zur Repräsentanz von Minderheiten hier das Verhältniswahlrecht vorsieht. Auch wenn dies in der heutigen Situation auf Grund geringer Mandatszahlen oder Landesmitgliederversammlungen ohne praktischen Belang sein sollte, so sind allgemeine Regularien in Statuten von Gliederung so zu gestalten, dass sie auch unter veränderten Bedingungen (Mitglieder-/Mandatszahlen) gültig bleiben können. Die Rechenschaftspflicht von Gewählten gegenüber den sie wählenden Gremien ist selbstverständlich unstrittig.
- b) Die Legislaturperioden von Landes- und Bundesparteitagen werden in den jeweiligen Statuten (Satzungen) festgelegt und sind damit für die Wahlgremien verbindlich. Sie liegen nicht in der Regelungshoheit des Kreisstatuts. Dies schließt die Abwahl/Neuwahl von Delegierten innerhalb dieser Wahlperiode nicht aus.
- c) Die Tätigkeit von Landes- oder Bundesvor-

ständen ist grundsätzlich öffentlich. Über ihre Öffentlichkeitsarbeit entscheiden diese Gremien selbst.

Eine besondere „Veröffentlichungsverpflichtung“ für das einzelne Vorstandsmitglied über sein Wirken im Vorstand gibt es nicht. Die Rechenschaftspflicht von Vorstandsmitgliedern besteht grundsätzlich gegenüber den sie wählenden Gremien (hier: Landes/Bundesparteitag). Eine besondere Teilnahmeverpflichtung an den Kreismitgliederversammlungen von Mitgliedern des Landes- bzw. Bundesvorstand jenseits der Rechte und Pflichten als Mitglied des Kreisverbandes besteht nicht. Zwar kann der KV die entsprechenden Mitglieder durch einen politischen Beschluss zu einer solchen Teilnahme auffordern, ein solcher politischer Appell ist in einem statutarischen Regelwerk eher unpassend, weil es eben keine formalisierbare und sanktionierbare Verpflichtung ist. Auch zur Teilnahme an den Kreisvorstandssitzungen können die Mitglieder des Bundes- bzw. Landesvorstandes nicht per Kreisstatut verpflichtet werden. Die Formulierung „sind gehalten“ in einer Satzung besitzt verpflichtenden Charakter. Per Statut könnte allerdings geregelt werden, dass die Mitglieder von Vorständen oberer Gliederungsebenen qua Amt zu Mitgliedern/ständigen Gästen mit beratender Stimme des Kreisvorstandes bestimmt und entsprechend eingeladen werden. d) Die im 4.Absatz gewählte Formulierung bezüglich der Mandatsträger in den verschiedenen Parlamenten hinsichtlich einer Auskunftspflicht und der Bitte um Teilnahme an Versammlungen und Sitzungen ist jenseits der Praktikabilität unglücklich. Sofern man das Anliegen überhaupt im Kreisstatut aufnimmt, sollte es in Form einer Verpflichtung des Kreisvorstandes gefasst werden, diese einzuladen und regelmäßig die Möglichkeit zur Berichterstattung einzuräumen. e) Für Beitragszahlungen gibt es in der PDS Ordnungen. Sonderbeiträge auf Grund von Vergütungen für Mandatsausübungen können Gliederungen nicht erheben. Eine Spendenverpflichtung von Mandatsträgern kann im Rahmen des Nominierungsverfahrens individuell vereinbart werden. Solche Vereinbarungen sind aber auf der jeweils nominierenden Ebene zu treffen. Zusätzliche Spendenvereinbarungen mit nachgeordneten Verbänden sind natürlich nicht ausgeschlossen, können aber nur in direkter Übereinkunft vereinbart, aber nicht per Kreisverbandssatzung vorgeschrieben werden. Solche

Vereinbarungen auf Aufwandsentschädigungen abzustellen, ist rechtlich sehr bedenklich, weil diese in aller Regel pauschalisiert für besondere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Mandatsausübung gewährt werden. Parteienfinanzierung ist unter diesen Zweck wohl kaum zu subsumieren. 5. Der Antragsgegner und Widerspruchsführer im Berufungsverfahren hat in seinen schriftlichen wie mündlichen Einlassungen eine Grundsatzentscheidung dahin begehrt, ob durch den Beschluss der LSK in die durch Bundesstatut wie Landessatzung gewährte Satzungsautonomie eines nachgeordneten Gebietsverbandes unzulässig eingegriffen wurde. Auch diese allgemeine Fragestellung kommt einer abstrakten Normenprüfung gleich, die Schiedskommissionen in dieser Weise nach Statut und Schiedsordnung der PDS nicht zusteht. Hinsichtlich der diesbezüglich konkret im Verfahren vorgebrachten Anträge sei (unter Beachtung des Beschlusses) uns nur der Hinweis erlaubt, dass die Annahme, dass man sich bei „zusätzlichen Einschränkungen“ doch innerhalb des Rahmens der übergeordneten Satzungen bewege und dies doch zulässig wäre, die im Bundesstatut formulierten Mitgliederrechte außer Betracht lässt, die nicht nach Ermessen nachgeordneter Gliederungen beschnitten werden können. Insofern ist eine Ausweitung von Beschränkungen oftmals eine Überschreitung des Rahmens.

Abschließend sei noch einmal hervorgehoben, dass die vorstehenden Erwägungen und Hinweise der Bundesschiedskommission zu den Anträgen der ursprünglichen Antragssteller aus den eingangs dargestellten Gründen nicht Bestandteil des Beschlusses im Widerspruchsverfahren sind. Die Bundesschiedskommission hat sich bei diesen verfahrensbegleitenden Erwägungen und Hinweisen von der ihr vom Statut und der Schiedsordnung zugewiesenen Aufgabe, Streitfälle zu schlichten, leiten lassen. Für den Fall, dass sich der Kreisverband zu einer Novellierung seiner Satzung entschließt, sollen diese Hinweise Euch helfen, eine gute und möglichst einvernehmliche Lösung der Probleme zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. der Bundesschiedskommission

Michail Nelken

Antrag an die Kreismitgliederversammlung

Wie bereits angekündigt, hier der Antrag an die Kreismitgliederversammlung zum Kreisstatut:

In Reaktion auf das Schreiben der Bundesschiedskommission vom 24.2.2004 setzt die Kreismitgliederversammlung der PDS Essen das am 10.2. und 11.4.2001 beschlossene Statut des PDS-Kreisverbandes Essen außer Kraft. Ab sofort gilt das Landesstatut der PDS NRW entsprechend mit der Ausnahme, dass für Mitgliederversammlungen eine Ladungsfrist von 2 Wochen gilt.

Kommunalwahl-Vorbereitung läuft:

Programmdiskussion begonnen – Gespräche mit BL Nord und DKP

Es tut sich etwas in punkto Kommunalwahl! Nicht nur eine doch von einigen Nicht-Mitgliedern besuchte Versammlung zur Diskussion des Projekts "Offene Liste" der PDS und die ersten Termine zur Erarbeitung des Programms fanden statt. Mitglieder des Kreisvorstandes trafen sich auch mit dem Vorstand der Bürgerliste Nord, deren Kandidatur wir in den Bezirken V und VI unterstützen. Es fanden auch Gespräche zwischen mir als Bezirksvertreter und der DKP-Stadtteilgruppe Essen-West statt. Im Ergebnis der Gespräche hat der Kreisvorstand folgenden Brief an die DKP beschlossen. Auf die Antwort sind wir gespannt!

Wichtig ist in jedem Fall, dass wir mit der Programm-Diskussion weiterkommen. Ein Programm-Entwurf dürfte die Voraussetzung dafür sein, dass wir für die Offene Liste auch Nicht-Mitglieder gewinnen können. Und das wollen wir, denn wir verstehen unsere Kandidatur zum Rat nach wie vor als Chance, Möglichkeit, die Zusammenarbeit zwischen der PDS als Partei und Vertreter/innen von Initiativen, Bündnissen, Gewerkschafter/innen usw. auf kommunalpolitischem Feld zu verbessern und zu entwickeln. (Wolfgang Freye)

Dokumentiert: Aus dem Brief an die DKP Essen

... Die Kommunalwahlen im September sind nicht mehr fern. Wir finden es außerordentlich bedauerlich, dass es darüber bisher zu keinen Gesprächen zwischen uns gekommen ist und wir aus der Zeitung erfahren mussten, dass es auch eine Kandidatur der DKP geben wird. Da wir wieder als PDS Offene Liste kandidieren

wollen, stehen wir bei den Wahlen in gewissem Umfang in Konkurrenz zueinander. Wir halten es für sicher, dass die Linke dadurch nicht gerade gestärkt wird ...

Um Konkurrenz zu vermeiden, haben wir schon vor längerer Zeit beschlossen, in den Bezirken V und VI nicht mit eigenen Listen zu den Bezirksvertretungen anzutreten, obwohl wir dies gerade in den beiden Bezirken gut könnten. Wir wollen stattdessen wie 1999 die Bürgerliste Nord unterstützen, die in den beiden Bezirksvertretungen bereits Mandate hat. Ein Gespräch mit der Bürgerliste hat hierzu vor kurzem stattgefunden.

Inzwischen hat es auch Gespräche von uns mit Eurer Stadtteilgruppe in Frohnhausen gegeben, die eine Kandidatur für die Bezirksvertretung III vorbereitet. In diesen Gesprächen gab es die Aussage, dass Eure Stadtteilgruppe unter drei Bedingungen bereit wäre, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und auf einer Offenen Liste der PDS im Bezirk III zu kandidieren. Diese Bedingungen sind:

- auf Platz 2 und 4 der Offenen Liste werden Mitglieder der DKP aufgestellt;
- ein gemeinsames Koordinierungsgremium erarbeitet ein Programm für den Essener Westen und koordiniert die Arbeit in der Bezirksvertretung, sofern die Liste wieder einen Platz erreicht;
- die Mitglieder der DKP dürfen nach außen deutlich machen, dass sie DKP-Mitglieder sind. Wir haben diese Überlegungen im Kreisvorstand der PDS erörtert und sind der Ansicht, dass sie denkbar und eine Verhandlungsgrundlage für Gespräche sind. Allerdings wäre es schwer zu vermitteln, wenn es dabei bleibt, dass unsere beiden Parteien bei der Kandidatur zum Stadtrat gegen- oder nebeneinander antreten. Für uns stellt sich die Frage: Wenn es im Bezirk III möglich ist, gemeinsam als PDS Offene Liste anzutreten, warum dann nicht auch für den Rat? Wir können uns eine Lösung unter den oben genannten Bedingungen durchaus auch für den Rat vorstellen. Wir würden darüber gerne mit Euch reden ...

Löhne unter der Armutsgrenze verhindern

In vielen Ländern, wie etwa in den USA, in Großbritannien oder Frankreich gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn, der von Arbeitgebern nicht unterschritten werden darf.

Nach der Europäischen Sozialcharta sind auch die Mitgliedsländer der EU eigentlich verpflichtet, keine Löhne zuzulassen, die niedriger als 68 Prozent des nationalen Durchschnittslohns sind. Bis heute ist diese Richtlinie faktisch jedoch nicht mehr als eine Empfehlung und wird nur von wenigen Ländern, wie zum Beispiel von Frankreich eingehalten.

Der französische Mindestlohn (SMIC) wurde zuletzt am 1. Juli 03 überproportional um 5,5 Prozent erhöht und beträgt jetzt 7,19 €. Bei einer 35-Stunden-Woche, die in Frankreich gesetzlich verankert ist, entspricht das einem monatlichen Mindesteinkommen von 1.090,48€.

Bei 39 Wochenstunden sind es 1.227,57 €. Bezogen auf die in Deutschland im Durchschnitt geleistete Arbeitszeit von 37,9 Stunden, entspräche das einem Monatseinkommen von 1.1192,95 €. In Deutschland gibt es zahlreiche Branchen, in denen der französische Mindestlohn unterschritten wird. Aber selbst wenn man nicht die Maßstäbe der EU-Sozialcharta von

„angemessen“ Löhnen zu Grunde legt, sondern von der bei 50 Prozent angelegten EU-Armutsgrenze ausgeht, liegt die deutsche Armutsgrenze

für Stundenlöhne bei 7,28 €. Stundenverdienste unter der Armutsgrenze sind in der Bundesrepublik alles andere als eine Randerscheinung. Nach gewerkschaftlichen Berechnungen lagen bereits 1996 die Stundenlöhne von 1,1 Millionen Vollzeitbeschäftigten unter der Armutsgrenze. Weniger als 66 Prozent des Durchschnittslohns erhielten 2,3 Millionen oder 13,3 Prozent. Nimmt man die Millionen Teilzeitbeschäftigten oder Minijobs hinzu, dann dürfte mindestens jeder Zehnte mit seinem Einkommen unter der Armutsgrenze liegen.

Die PDS fordert die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, auf der Grundlage von 68 Prozent des nationalen Durchschnittslohns. Dazu hat sie 2002 einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der aber wegen der Bundestagswahl nicht mehr zur Abstimmung kam. Danach sollte der Mindestlohn jährlich an die Entwicklung der Tarifabschlüsse angepasst und seine Einhaltung durch staatliche Institutionen überprüft werden. Bereits bestehende gesetzliche Mindestlohnvorschriften wie etwa im Baugewerbe dürfen



nach unseren Vorstellungen nicht durch den allgemeinen Mindestlohn unterschritten werden. Wie im Fall

von bestehenden Tarifverträgen muss auf jeden Fall die günstigere Regelung greifen. Von Kritikerinnen und Kritikern auch aus den Reihen der Gewerkschaften wird häufig eingewendet, dass ein gesetzlicher Mindestlohn in die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern eingreifen würde.

Dazu gibt es drei Antworten: Erstens schließt die Tarifautonomie nicht die gesetzliche Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen aus, so zum Beispiel im Arbeitszeitgesetz oder im Bundesurlaubsgesetz geschehen. Zweitens wird es der Bundesregierung durch das Tarifvertragsrecht ausdrücklich gestattet, Mindestarbeitsbedingungen zu verordnen. Drittens sind die Gewerkschaften auf Grund der veränderten Beschäftigungsstruktur und den zahlreichen tariffreien Zonen in vielen Branchen kaum noch zur Durchsetzung von Tarifverträgen in der Lage. In vielen Bereichen mussten Tarifverträge hingenommen werden, die den Mindestlohn weit unterschreiten.

H.-J. Schwartz

Aus gleichlautendem Artikel von Harald Werner